

«Ich bin entsetzt, Bundesrat Jans, wie wenig Sie gegen die Asylmissstände tun»

Kampf um die «10-Millionen-Schweiz» Die SVP läuft sich warm für den Abstimmungskampf um ihre Initiative. Bereits jetzt zeigt sich, auf wen sie die nächsten Monate zielen wird: auf Asylsuchende – und auf den Justizminister.

Anja Burri

Irgendwann schien Justizminister Beat Jans an diesem Mittwochnachmittag im grossen Saal des Nationalrats zu resignieren. Auf den Vorwurf aus den Reihen der SVP, er sei zu wenig mutig im Umgang mit renitenten und kriminellen Asylsuchenden, sagte er: «Ich bin Justizminister. Ich muss mich an die Gesetze halten, die Sie hier im Parlament machen, und kann nicht einfach Leute ins Gefängnis stecken.»

Auf die Kritik, seine «runden Tische» zur Problematik der kriminellen Asylsuchenden seien nutzlos, entgegnete er: «Das nächste Mal muss ich einen anderen Namen dafür finden. «Runder Tisch» tönt wahrscheinlich zu harmlos.»

Und als SVP-Präsident Marcel Dettling den SP-Bundesrat fragte, ob er der Meinung sei, dass es zur humanitären Hilfe der Schweiz dazugehöre, Asylsuchende ins Land zu lassen, «die Schweizer Frauen vergewaltigen», sagte Jans bloss: «Ich glaube, Sie erwarten jetzt nicht wirklich eine Antwort von mir.»

Vordergründig war es eine ganz normale Asyl- und Sicherheitsdebatte im Bundeshaus. Tatsächlich ging es an dieser «ausserordentlichen Session Sicherheit» aber auch um die nächste grosse politische Auseinandersetzung der Schweiz. Die SVP will mit ihrer Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» dafür sorgen, dass die ständige Wohnbevölkerung bis zum Jahr 2050 die Grenze von zehn Millionen nicht überschreitet. Am 14. Juni stimmt die Schweiz darüber ab. Gestern lief sich die SVP im Nationalrat für den Abstimmungskampf warm.

Heute leben rund 9,1 Millionen Menschen in unserem Land. Sobald es 9,5 Millionen sind, verpflichtet die Initiative den Bundesrat und das Parlament, erste Massnahmen zu ergreifen, um das Bevölkerungswachstum zu drosseln. Diese Massnahmen drehen sich jedoch nicht um mangelnde Wohnungen, verstopfte Strassen oder überfüllte Züge, wie man vielleicht erwarten könnte – sondern um das Asylsystem und den Familiennachzug.

Alle grossen Wirtschaftsverbände und alle anderen Parteien von Grünen bis FDP bekämpfen die Initiative vehement. Sie befürchten unter anderem, dass die Vorlage zur Kündigung der Personenfreizügigkeit und der bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union führen könnte.

Beamte mit Pinocchio-Nasen

Doch wer den Vertreterinnen und Vertretern der SVP im Parlament zuhörte, merkte schnell: Der Abstimmungskampf um die Initiative wird sich stark auf die Asylpolitik konzentrieren – und viel weniger auf die Beziehungen zu Europa. SVP-Nationalrat Pascal Schmid sagt es so: «Der Asylbereich regt die Leute am meisten auf.» Neben Europa ist es das Thema, das die SVP gross gemacht hat. Sie treibt damit die anderen Parteien – und ganz beson-



«Die Anzahl der Asylgesuche ist 2025 das zweite Jahr in Folge zurückgegangen»: Bundesrat Beat Jans versucht, während der ausserordentlichen Session zum Thema Sicherheit die Wogen zu glätten. Fotos: Peter Klauzner (Keystone)

ders SP-Asylminister Beat Jans – seit Jahren vor sich her. «Asyl-Jans und seine Lügen-Beamten», schrieb die SVP am 20. Februar, nachdem der Bund neue Asyl- und Zuwanderungszahlen veröffentlicht hatte. Die Medienmitteilung war mit einer Fotomontage illustriert, die Jans umgeben von «Beamten» mit Pinocchio-Nasen zeigte.

Und so ging es auch gestern im Nationalratssaal zu und her. «Die bisherige Asylpolitik ist gescheitert», sagte Pascal Schmid an Bundesrat Jans gerichtet, der sich um eine entspannte Haltung auf seinem Stuhl bemühte, während der SVP-Politiker dramatische Töne anschlug. «Monat für Monat strömen Tausende von Asylmigranten in unser Land!» Die Kosten hätten sich verdoppelt, die Pendenzen seien angestiegen, und noch nie hätten sich derart viele Menschen im Asylsystem befunden wie heute.

Jans habe einmal gesagt, in der Asylpolitik gehe es um Menschen. «Ich frage Sie, Herr Bundesrat, was ist denn mit dem



«Der Asylbereich regt die Leute am meisten auf.»

Pascal Schmid
SVP-Nationalrat

Schutz unserer Menschen?» Er sei «entsetzt, wie wenig der Bundesrat gegen die Missstände im Asylwesen unternimmt». Schmid forderte Jans dazu auf, an die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» zu denken, die er in den nächsten Monaten im Namen des Bundesrats und des Parlaments bekämpfen muss. «Wird die Asilmigration beschränkt, dann bleibt mehr Platz für Arbeitszuwanderung», sagte der Asylchef der SVP.

Wenig Interesse an den Voten der SVP

Der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter ist der Erfinder der SVP-Initiative und führt für die Partei den Abstimmungskampf. Er bestätigte, was Schmid im Rat antönte: «Wenn wir das Asylproblem lösen, haben wir das Ziel der Initiative schon fast erreicht.» Er glaube nicht, dass die Vorlage dann die Kündigung der Personenfreizügigkeit nötig mache. Matter meint sogar, «dass nach einem Ja zur Initiative und der Wirtschaftverbände endlich

unterstützt werden im Asylbereich». Wenn sich diese zwischen Migranten entscheiden müssten, wählten sie Arbeitskräfte statt soziale Zuwanderung.

So vehement sich die anderen Parteien gegen die Initiative der SVP engagieren, so wenig Interesse zeigten die Politikerinnen und Politiker an den Voten der SVP im Nationalratssaal. Man diskutierte untereinander, snackte, arbeitete am Laptop oder war gar nicht erst am Platz. Einzig die Grüne Sibel Arslan widersprach und sorgte für einen kleinen Schlagabtausch. «Wieso verhindert die SVP eigentlich immer wieder, dass Asylsuchende erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen?», fragte sie.

Darauf entgegnete Schmid: «Schauen Sie doch mal, Frau Arslan, wer da kommt. Da kommen Leute aus Steinzeitkulturen, Analphabeten.» (Lacher in den Sitzreihen der SVP). «Sie, Frau Arslan, füllen damit unser Land auf.»

Der St. Galler SVP-Nationalrat Mike Egger fragte darauf seinen

Parteikollegen: «Können Sie Frau Arslan erklären, wie viele Asylvorstösse die SVP bisher eingereicht hat?» Es seien über 300, antwortete Schmid, «aber es braucht eben noch ein paar mehr».

Arslan, eine Gegnerin der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», sagt, die Argumentation der SVP sei völlig absurd: Die Partei gebe vor, mit ihrer Vorlage etwas für die Schweiz zu machen. Dabei gehe es einmal mehr darum, das Asylsystem und die humanitäre Tradition der Schweiz zu beschädigen, und das auf klar völkerrechtswidrige Weise. «Damit greift die SVP die Identität der Schweiz an.» Die überparteiliche Allianz gegen die Initiative argumentiert, die SVP würde mit ihrem Volksbegehren genau das Gegenteil bewirken, was sie vorgebe, erreichen zu wollen: «Chaos bei der Sicherheit, weil Schengen und Dublin wegfallen würden. Statt dringend benötigter Fachkräfte kämen abgewiesene Asylsuchende aus ganz Europa.»

Die grosse Kammer stimmt zwei Vorstössen der SVP zu

Bundesrat Jans versuchte, den Vorstössen der SVP mit Fakten entgegenzutreten – mit denselben, die er am Vortag bereits im Ständerat nannte. Die SVP habe recht, wenn sie auf die hohen Asylzahlen in den vergangenen Jahren hinweise, sagte er. Doch den Grund für den Anstieg habe die Partei verschwiegen. Wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hätten über 100'000 Menschen Schutz gesucht in der Schweiz. «Schade, dass Sie das nicht erwähnt haben», sagte Jans und hob die jüngste Entwicklung hervor: Die Anzahl der Asylgesuche sei 2025 das zweite Jahr in Folge zurückgegangen, «minus sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr». «Die Gesuche um Schutzstatus nehmen ebenfalls ab, und die irregulären Grenzübertreite haben sich innerhalb eines Jahres mehr als halbiert. Die erstinstanzlich hängigen Fälle gehen kontinuierlich zurück.»

Jans drang mit seiner Argumentation nicht durch. Wie schon am Dienstag der Ständerat sprach sich auch der Nationalrat am Ende für zwei Vorstösse der SVP aus. Es handelt sich um dieselben Anliegen: Einerseits verlangen die Räte eine neue Asylstrategie, welche die Anzahl der Asylgesuche deutlich einschränken soll. Andererseits wollen sie, dass renitente Asylsuchende in Bundesasylzentren mit zehntägigen Ausgangssperren oder Inhaftierungen bestraft werden können.

Am nächsten Montag eröffnet SP-Bundesrat Jans offiziell den Abstimmungskampf gegen die Initiative der SVP. Er tut dies flankiert von den Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Kantonen. Dem Vernehmen nach soll hin und wieder auch Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) seinen Kollegen im Abstimmungskampf unterstützen. Derweil hat die SVP bereits eine neue Medienmitteilung verschickt. Sie kündigt darin neue Vorstösse im Asylbereich an.